

Energie- und Transportpolitik:

D'Zäit ass komm, fir Neel mat Käpp ze maachen!

Dezember 2004

Energie- und Transportpolitik: D'Zäit ass komm, fir Neel mat Käpp ze maachen!

Vorbemerkung:

Eine Bilanz der ersten 150 Tage der neuen Regierung zu ziehen, dürfte schwer sein. Der Mouvement Ecologique stellt jedoch fest, dass in diversen Ministerien (Bauten-, Wirtschaft- ...) die Bereitschaft zu einem Dialog besteht und vor allem auch der neue Umweltminister sehr offen für eine dynamische Kooperation und ein Meinungs austausch ist. Der Mouvement Ecologique begrüsst ausdrücklich diese konstruktive Vorgehensweise.

Bedauerlicherweise konnte jedoch noch keine Unterredung mit dem Ministerium für Landesplanung stattfinden. Dies ist umso bedauerlicher, als diesem Ministerium eine Schlüsselfunktion in dieser Legislaturperiode zukommt (regionale und sektorische Entwicklungspläne, Konkretisierung des IVL-Konzeptes u.a.m.).

Als positive Elemente der jetzigen Arbeit des Umweltministeriums wertet der Mouvement Ecologique u.a. dass:

- eine Entscheidung getroffen wurde, Luxemburger Staatswälder ebenfalls nach dem von allen Umweltorganisationen weltweit unterstützten FSC-Label zertifizieren zu lassen;
- die Aarhus-Konvention betreffend das Informationsrecht der BürgerInnen, das Klagerecht sowie die aktiven Beteiligungsmöglichkeiten an Planungsverfahren, endlich ratifiziert werden soll;
- unter dem Impuls des Ministeriums das erste Naturschutzforum Luxemburgs einberufen wurde, an dem alle relevanten Akteure im Naturschutzbereich teilnahmen;
- ein CO₂-Reduktionsplan für Luxemburg in Auftrag gegeben wurde, d.h. dass endlich der Handlungsbedarf auch in unserem Land erkannt wurde und ein operationeller Aktionsplan entstehen soll, der konkrete Instrumente und Prioritäten benennen soll;
- auf der Ebene des Umweltministeriums und der Regierung die Bereitschaft besteht, einen unabhängigen Rat für eine nachhaltige Entwicklung einzusetzen, und diesen nicht mit Vertretern einzelner Interessenbereiche, sondern mit Persönlichkeiten aus der Gesellschaft zu besetzen.

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique werden in den nächsten Monaten sehr zentrale Dossiers zur Debatte stehen – die Reform der Agrarwirtschaft und deren Verknüpfung mit Naturschutzfragen, die Erstellung der sektoriellen Pläne für geschützte Landschaften / Transport / Wohnungsbau und Aktivitätszonen u.a.m.

Im folgenden bezieht der Mouvement Ecologique Stellung zu zwei besonders wesentlichen Dossiers, wo aus Zeitgründen umgehend politische Entscheidungen gefordert sind.

1. Strategie für eine zielorientierte Energiepolitik – Förderreglemente im Energiebereich

In der vergangenen Legislaturperiode wurden mit Erfolg die Reglemente betreffend die Förderung erneuerbarer Energien und die rationelle Nutzung der Energie umgesetzt. Allerdings gab es keine strategische Grundlage für die Konzeption dieser Reglemente, die klare Prioritäten gesetzt hätte.

- In welchen Sektoren sollen die Prioritäten einer Förderung liegen?
- Welche Anlagentypen (Grossanlagen, Kleinanlagen, thermische oder Fotovoltaik...z.B.) sind besonders förderns- und anstrebenswert, auch angesichts finanzieller und Effizienzprioritäten?
- Welche Gewichtung soll es zwischen Massnahmen zur rationellen Energienutzung (Energieeinsparung) und z.B. der Förderung erneuerbarer Energien geben?
- Welche quantifizierbaren Ziele werden kurz- und mittelfristig angestrebt in punkto Energie-Einsparung, Umgestaltung des Strommix, Kyoto?
- Welche Marktentwicklungen sollen auch aus wirtschaftlicher Sicht unterstützt werden?

Die fehlende Strategie ist sicherlich u.a. darauf zurückzuführen, dass es unter der vorherigen Regierung keine explizit festgelegte Energiepolitik als Gesamtkonzept gab. Dies lag aber wohl auch daran, dass Umwelt – Wirtschaft (Energie) aber auch Wohnungsbauministerium nicht gerade Hand in Hand arbeiteten. In wiefern, diese Situation sich unter der neuen Regierung ändern wird (die Kompetenzen sind nach wie vor aufgesplittert!) wird sich noch zeigen müssen...

Ende Dezember laufen die derzeitigen Förderreglemente jedoch aus und es besteht ein dringender und akuter Handlungsbedarf: es muss endlich offen gelegt werden, wie die zukünftige Förderpolitik dieser Regierung aussehen wird. Denn einerseits geht es um das Vertrauen zahlreicher BürgerInnen in die Regierungspolitik – vor allem aber hängen mittlerweile auch Hunderte von Arbeitsplätzen von den derzeitigen Förderreglementen ab. Ein weiteres Vakuum wäre mit verheerenden Konsequenzen verbunden.

Der Mouvement Ecologique fordert entsprechend von der jetzigen Regierung nunmehr eine klare, kohärente und nachvollziehbare **STRATEGIE** darzulegen, wie die zukünftige Förderpolitik gestaltet werden soll.

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique sind – immer im Kontext der Förderreglemente, die nun zur Debatte stehen - für eine solche Strategie folgende Elemente von zentraler Bedeutung:

1. Klares bekennen zu energiepolitischen Zielen

Der Mouvement Ecologique erwartet, dass die Regierung u.a. ihre Haltung zu folgenden Fragen offen legt:

- Welche (quantifizierten) Energie-Einsparziele angestrebt werden, und in welchen Sektoren?
- Welche Ziele werden im Bereich Solarthermie und Fotovoltaik angestrebt – welche Anlagengrößen bevorzugt werden sollen?
- Wird die Altbausanierung auf den Weg gebracht, wie sollen grundsätzlich Neubauten gestaltet sein?
- Werden öffentliche Bauten noch energie-effizienter erstellt?
- Welcher Ausbau der Windenergie zulässig und wünschenswert ist und wie die dafür notwendige Akzeptanz der Bevölkerung erhalten werden kann?
- Wie und wie stark auch handwerkliche und industrielle Betriebe und der Dienstleistungssektor ihren Beitrag zu Energiespar-Zielen und zur Nutzung zukunftssträchtiger Energieformen leisten können?
- Welcher (quantifizierten) Anteil am Energiesparpotential durch Altbausanierung erreicht werden soll;
- Welchen Beitrag der Staat (bzw. Gemeinden) als Vorreiter leisten soll(en)?
- Welche finanziellen Mittel grundsätzlich zur Verfügung gestellt werden und welcher Impakt diesbezüglich auf den Arbeitsmarkt angestrebt wird?
- Ob die Einführung einer Art Energieabgabe ins Auge gefasst wird als Element einer nachhaltigen Steuerreform, um die Finanzierung der Fördermassnahmen zu gewährleisten...
- Inwiefern der Energiebereich zur Reduktion der CO₂-Emissionen beitragen soll
- ...

Diese Fragen sollten vor dem Hintergrund beantwortet werden, dass sich Luxemburg verpflichtet hat bis zum Jahre 2010 5,7% des Energieverbrauchs durch erneuerbare Energien abzudecken.

Wichtig ist, dass es hier klare Zielvorstellungen gibt, die für jeden nachvollziehbar und messbar sind. Von Bedeutung ist dann im Laufe der Legislaturperiode immer wieder kritisch im Auge zu behalten, ob diese angestrebte Richtung auch tatsächlich verwirklicht wird.

2. Priorität auf der rationellen Nutzung von Energie bzw. dem Energiesparen!

Oberstes Ziel der Energiepolitik und entsprechend auch bei der Fortführung der Förderreglemente muss es sein, die effiziente Nutzung der Energie durch Energiesparen zu optimieren. Bei diesem wichtigsten Teil der Energiepolitik sind grundsätzlich gleich mehrere Ministerien (vor allem Wirtschaft, Umwelt, Wohnungsbau, Öffentliche Bauten, Innen) angesprochen – wesentliche Akzente sollen aber bereits jetzt im Rahmen der vorliegenden Reglemente gesetzt werden:

- Die Tarife zur Förderung der Niedrig- und Passivbauweise sollten teilweise angehoben werden. Die Subventionen für das Ersetzen von elektrischen Heizungen und Warmwasseraufbereitungsanlagen beibehalten werden.
- Das Wohnungsbauministerium will ein sehr umfangreiches „carnet de l'habitat“ erstellen, das weit über die energetischen Aspekte hinaus geht. Im Rahmen der vorliegenden Reglemente des Umweltministeriums aber drängt sich eine Integration der Altbausanierung aus energetischer Sicht in diese Neufassung dieser Reglemente auf. Der Mouvement Ecologique vertritt die Meinung, dass eine Beihilfe pro eingesparte CO₂-Emission erstattet werden soll, um somit zumindest einen Teil der Mehrkosten für energetische Altbausanierung (Wärmedämmung, Isolierverglasung,...) staatlicherseits abzufedern. Entsprechend können mit relativ geringem staatlichen Invest auch Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten werden (Win-Win-Win Strategie).

Beihilfen können jedoch immer nur ein Teil einer Energiepolitik darstellen. Folgende Massnahmen sind in der Tat darüber hinaus von Bedeutung:

- Komplette Überarbeitung der derzeitigen (hoffnungslos überalterten) Wärmeschutzverordnung für Neubauten, als Teil einer ‚push and pull‘ Politik. Diese Arbeit obliegt dem Wirtschaftsministerium.
- Vorreiterrolle des Staates / der staatlichen Verwaltungen beim Neubau oder der Renovierung bestehender Gebäude. Obwohl hier bereits Akzente gesetzt werden (die allerdings noch weitaus offensiver nach Aussen getragen werden sollten) ist eine ‚energetische Buchhaltung‘ (Energieverbräuche erfassen) der 1500 staatlichen Gebäude und ein mehrjähriges Programm für deren Sanierung notwendig. Eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit drängt sich ebenfalls auf.
- Den Gemeinden sollte der erforderliche Spielraum gewährt werden, damit diese z.B. in Neubaugebieten verstärkt auf energiesparende Bautechnik setzen, kommunale Wärmenetze mit privaten Abnehmern betreiben, eigene Energieproduktionsanlagen betreiben könnten usw. Das Innenministerium muss seine defensive Haltung gegenüber innovativen Projekten aufgeben und den Gemeinden Hilfestellung bei Energiesparprojekten leisten.

- Neue Formen von Finanzierungsinstrumenten für Energiesparmassnahmen (z.B. das sogenannte Einspar-Contracting) sollten zusammen mit den privaten Akteuren diskutiert und bei Pilotprojekten durchgeführt werden.

3. Förderung der erneuerbaren Energien weiterhin gewährleisten

Der Mouvement Ecologique sieht nach wie vor die Promotion der erneuerbaren Energien als zentrales Instrument auf dem Wege in eine zukunftsorientierte Energiepolitik. Es wäre falsch jetzt bereits zu erwarten, erneuerbare Energien könnten sich von allein auf dem Energie-Markt behaupten. Während Jahrzehnten wurden massiv Gelder in fossile und nukleare Energieformen investiert – es ist nur logisch, dass auch der Aufbau neuer Energieformen eines längerfristigen Invests bedarf.

Die Energieversorgung der Zukunft wird aus einem Mix von verschiedenen Energiequellen bestehen, bei dem die erneuerbaren Energien einen immer höheren Stellenwert erhalten werden. Berechnungen einer Spezialkommission zur Energieversorgung in Deutschland haben einen Anteil von 50-60 % erneuerbarer Energien an der Energieproduktion bis 2050 als durchaus realistisch (bei 3% BIP-Wachstum) nachgewiesen.

Innerhalb dieses Mix wird die Biomasse zur Grundlast-, die Windkraft zur Mittellast- und die Photovoltaik zur Spitzenlastversorgung herangezogen werden. Für Spitzenlaststrom – beispielsweise aus dem Pumpspeicherwerk Vianden - werden bereits heute wesentlich höhere Preise gezahlt als für Grund- oder Mittellaststrom. Es ist demnach falsch einen Preisvergleich Photovoltaik – Kohlekraftwerk anzustellen ohne diese unterschiedlichen Versorgungsnachfragen zu berücksichtigen.

Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass letztlich der Energiepreis diese unterschiedlichen Kosten (Photovoltaik ebenso wie das Pumpspeicherwerk) alle berücksichtigen muss. Dies wird bereits in Deutschland in der Form angewandt und hat zu durchschnittlichen Mehrkosten für die Haushalte von 3-5 € pro Monat geführt. Bis dahin sind staatliche Subventionen geeignet den Markteinstieg für erneuerbare Energien zu ebnen.

Angesichts der oben genannten Argumente und der politischen Zielsetzungen (5,7% erneuerbare Energien am Stromverbrauch bis 2010) ist die Diskussion darüber, ob mit erneuerbaren Energie Geld verdient werden soll oder nicht, gänzlich unverständlich. Ohne interessante finanzielle Rahmenbedingungen werden keine Investoren für erneuerbare Energien zu finden sein. Genauso wie andere Wirtschaftszweige nur durch spezielle Anreize (Bankgeheimnis, Steuervergünstigungen) geschaffen werden konnte, so wird der Energiemarkt genauso durch Anreize gesteuert. Falls Luxemburg 5,7% erneuerbare Stromquellen erreichen will, so sind die finanziellen Anreize dafür lediglich ein Instrument um dieses Ziel zu erreichen.

Kostenvergleich

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“ kommt zu dem Ergebnis, dass ein fossil-atomarer Energiemix ein Vielfaches mehr an externen Kosten mit sich bringt als eine regenerative Energiewirtschaft kostet. Und damit gilt auch: Würden die Strompreise alle durch die Produktion verursachten Kosten beinhalten, hätten die erneuerbaren Energien den vielbeschworenen Wettbewerb nicht zu fürchten. Bei einer korrekten volkswirtschaftlichen Gesamtbetrachtung – unter Einbeziehung der externen Kosten – ist die Windkraft neben der Wasserkraft schon heute ökonomisch und ökologisch die effektivste Stromquelle.

Allerdings besteht seitens des Mouvement Ecologique auch durchaus die Bereitschaft über die zu setzenden Prioritäten zu diskutieren. Denn Fakt ist, dass in den vergangenen Jahren:

- die vorhandenen Potentiale für erneuerbare Energien nur unzureichend ausgeschöpft wurden. So galten z.B. die Subventionen für Fotovoltaikanlagen vorwiegend für kleinere Anlagen (bis 50kW). Gemeinschaftsanlagen als solche waren weniger erwünscht und größere Anlagen bei Betrieben, die einen wesentlich größeren Beitrag zur Stromproduktion liefern können, waren kein eigentliches Thema.
- Die Gewichtung zwischen Fotovoltaik- und thermischen Anlagen war z.T. unbefriedigend. In der Tat bevorzugten zahlreiche Personen die Fotovoltaik, obwohl aus energetischer Sicht bei Privathäusern zunächst und vor allem auch thermische Anlagen gefördert werden sollten. So positiv und begrüßenswert demnach das Engagement zahlreicher Personen und so wichtig auch deren Beitrag zu einer zukunftsorientierten Energieversorgung ist, so bedeutungsvoll wäre es ohne Zweifel, noch ausführlicher über die notwendigen Prioritäten sowohl auf staatlicher Ebene, als auch was die Energiebilanz der Privathaushalte anbelangt, nachzudenken.

D.h. die Entwicklung der vergangenen Jahre ist grundsätzlich positiv zu werden, trotzdem gilt es mit etwas Distanz über die weitere Entwicklung zu diskutieren.

Seit 2 Jahren sind die Anfänge einer positiven, aber nach wie vor sehr fragilen Entwicklung im Bereich erneuerbare Energien zu spüren. Der Mouvement Ecologique erwartet, dass generell kein voreiliger Abbau der Beihilfen stattfindet, der die Ansätze der notwendigen Energiewende gefährden würde. Dementsprechend fordern wir u.a. dass:

- die Tarife für die Promotion von Windkraft beibehalten werden, ebenso jene betreffend die Biogasanlagen resp. Biomasseanlagen (eine gemeinsame Strategie Umwelt – Landwirtschaft ist unbedingt geboten)
- die Förderung der thermischen Solaranlagen beibehalten oder ggf. leicht erhöht wird
- die Förderung der Fotovoltaik in seinen Grundsätzen beibehalten wird und vor allem auch Gemeinschaftsanlagen und größere Anlagen gefördert werden;
- die Förderung der Pelletsheizungen erhöht wird

Energie-Beratung: noch immer ein Fremdwort

Unter der letzten Regierung wurde eine proaktive und zielorientierte Beratungsarbeit in Zusammenhang mit den Förderreglementen, sträflich vernachlässigt. Sowohl was Privathaushalte, als auch Betriebe anbelangt. Dort wo Beratung stattfand – Niedrigenergie und Passivhausbau – zeigte sie jedoch positive Wirkung.

Ohne gezielte Beratungsarbeit können jedoch die Prioritäten einer Energiepolitik nur begrenzt umgesetzt werden!

Die derzeitige Regierungserklärung sieht vor, dass die „agence de l'énergie“ grundsätzlich reformiert und zu einer unabhängigen Energieagentur umgewandelt werden soll. Diese Vorgabe begrüsst der Mouvement Ecologique ausdrücklich.

Darüber hinaus fordert der Mouvement Ecologique:

- die Gewährleistung einer objektiven Energieberatung, die möglichst nahe an den Bürgern ist (regionale Energieberatung flächendeckend), parallel zur Fortführung der Reglemente (Information über die Subventionen sowie über sinnvolle Prioritätensetzung auch beim einzelnen Verbraucher)
- die Durchführung einer regelrechten Promotionskampagne für die Niedrig- und Passivbauweise, basierend auf einer Markteinführungsstudie und eine verstärkte Aus- bzw. Weiterbildung der zuständigen Berufskreise. Vorgeschlagen wird, dass eine derartige Kampagne vom Umweltministerium initiiert und im Rahmen eines Runden Tisches zwischen allen Akteuren geplant wird.
- Offensives Durchführen einer Altbausanierungskampagne: Es sollte endlich eine Übereinkunft zwischen Wohnungsbau- und Umweltministerium gefunden werden, die ermöglicht, dass eine Förderung der Altbausanierung aus energetischer Sicht sowohl im Rahmen des „carnet de l'habitat“ als auch unabhängig im Rahmen eines Energiepasses stattfinden kann, wobei beide Instrumente ineinandergreifen sollten, ohne dass jedoch beide zwingend voneinander abhängen.
- Aufbau einer Energie-Beratung für Betriebe zusammen mit den Berufsvertretungen: Dabei kann auf viele ausländische Beispiele zurückgegriffen werden.

Schlussfolgerung

Die Förderreglemente der erneuerbaren Energien bzw. der rationellen Nutzung der Energie laufen Ende des Jahres aus. Sicherlich kann es der Regierung nicht gelingen, alle strategischen Elemente der Energiepolitik innerhalb des nächsten Monats auf den Tisch zu legen und auch den Impact der Förderreglemente in den vergangenen Jahren zu evaluieren.

Deshalb schlägt der Mouvement Ecologique folgende Vorgehensweise vor:

- die bestehenden Reglemente sollten ggf. in leicht abgeänderter, Form während einem weiteren Jahr beibehalten werden
- während diesem Jahr sollte eine Evaluation der Verwendung der Gelder erfolgen (Gewichtung zwischen Energiesparen und Förderung diverser Energieformen)
- eine kohärente Strategie der zukünftigen Energiepolitik mit entsprechenden Prioritäten entwickelt werden
- ein runder Tisch zusammengerufen wird, im Rahmen dessen alle Akteure über die weitere Politik in diesem Bereich diskutieren
- die Kosten für den Einspeisetarif, so wie auch im Ausland üblich, auf den Strompreis verlagert werden und nicht mehr (ganz) zu Lasten des Staatshaushaltes gehen. Hier gilt es seitens der Regierung transparente Zahlen auf den Tisch zu legen, welchen Impact eine solche Verlagerung für einen Privathaushalt, einen mittelständigen Betrieb mit durchschnittlichem Energieverbrauch sowie für einen energieintensiven Betrieb haben würde.

2. Für die umgehende Abänderung des Gesetzesprojektes betreffend den öffentlichen Transport – für die Schaffung eines Verkehrsverbundes!

Die Transportpolitik – vom Bau der modernen Stadtbahn über den Ausbau des Schienennetzes – wird wohl eine der zentralsten Politikbereiche dieser Legislaturperiode darstellen. Eine wirkliche Verbesserung der Situation in diesem Sektor (die auch unerlässlich für Luxemburg als Wirtschafts-Standort ist) kann nur dann erreicht werden, wenn eine kohärente grenzüberschreitende Strategie, in der alle Verkehrsträger eine Rolle spielen, entwickelt wird. „Mobilité.lu“, „IVL“ usw. konnten diese Strategie noch nicht ausreichend gewährleisten. Grosse Hoffnungen liegen nunmehr auf dem sektoriellen Plan „Transport“, der im Regierungsprogramm vorgesehen ist.

Sehr kurzfristig steht aber vor allem das Gesetz betreffend die Strukturen im Bereich des öffentlichen Transportes zur Debatte.

Zur Erinnerung: im Mai dieses Jahres wurde unter der vorherigen Regierung, trotz massiver Opposition von zahlreichen Kreisen, das Gesetzesprojekt betreffend die Organisation des öffentlichen Transportes verabschiedet. Der Mouvement Ecologique begrüsst ausdrücklich, dass in der jetzigen Regierungserklärung eine Überarbeitung des Gesetzes vorgesehen ist und der neue Transportminister mehrfach erklärt hat, er würde diese Abänderung kurzfristig gewährleisten.

In der Tat soll das jetzige Gesetz ab 1. Januar 2005 in Kraft treten, so dass dringendes Handeln geboten ist.

Der Mouvement Ecologique hat detaillierte Vorschläge erarbeitet, die auf folgenden Thesen basieren:

Für ein Mehr an Effizienz im öffentlichen Transport – gegen rein kommerzielle Gesichtspunkte

Der derzeitige Gesetzestext legt in den Zielsetzungen des Gesetzes eine deutliche Priorität auf eine Organisation des öffentlichen Transportes, die vor allem privatwirtschaftlichen Kriterien Rechnung trägt. Der Mouvement Ecologique ist zwar auch der Überzeugung, dass die Effizienz des öffentlichen Transportes ein Gesprächsthema darstellen muss. Eine einseitige Orientierung auf den rein wirtschaftlichen Aspekt ist jedoch nicht sinnvoll. Entsprechend sollten die Zielsetzungen des Gesetzes erweitert werden: der Verkehrsverbund muss ebenfalls die Steigerung der Kundenzufriedenheit, die Optimierung des Angebotes, die Erhöhung des „modal split“ zu Gunsten der öffentlichen Transportmittel u.ä. zum Ziel haben.

Keine Planung ohne Beteiligung der betroffenen Akteure

Gravierendstes Problem des derzeitigen Gesetzestextes ist jedoch, dass fünf Personen genannt werden sollen, die de facto die gesamten Geschicke des öffentlichen Transportes in Luxemburg leiten sollen. Fahrplangestaltung, Organisation des Angebotes, Vergabe von Aufträgen ... Eine zentralistische Auffassung, die jedem partizipativen Anspruch entbehrt. Ausserdem stellt sich die Frage der Legitimation dieser Beamten, derart tiefgreifende Entscheidungen zu treffen.

So wie auch zahlreiche andere Akteure tritt der Mouvement Ecologique dafür ein, dass der Verwaltungsrat der neuen Struktur von staatlichen Vertretern, allen wichtigen Akteuren aus dem Transportbereich sowie Vertretern der Planungsregionen gebildet werden muss. Diese Konzeption entspricht im übrigen auch dem Modell ähnlicher Strukturen im Ausland.

Ein zukunftsorientierter Verkehrsverbund würde demnach u.a. folgendermassen gestaltet sein:

- Statt von einer „région générale des transports“ zu sprechen (das Wort „régie“ spiegelt den Geist des aktuellen Gesetzes sehr gut wieder...), sollte der Begriff des „Verkehrsverbundes“ gewählt werden. Eine Übersetzung, wie sie der Abgeordnete Marc Zanussi in seinem Gesetzesprojekt zum öffentlichen Transport vorschlug „Communauté des Transports“ scheint durchaus sinnvoll zu sein. Sie sollte auch als Zeichen der Anerkennung des Engagements von Marc Zanussi in diesem Bereich zurückbehalten werden.
- Der Verwaltungsrat sollte entsprechend wie folgt zusammengesetzt werden:
 - * je zwei Vertreter des Transport- sowie des Innen- und Landesplanungsministeriums
 - * je ein Vertreter des Umwelt- und des Bautenministeriums
 - * je ein Vertreter der Eisenbahngesellschaft sowie des Verbandes der privaten Busunternehmen
 - * je ein Vertreter der in der Landesplanung vorgesehenen Planungsregionen. Hierzu würden derzeit z.B. der TICE, oder der AVL gehören oder aber Naturparkstrukturen. Da jedoch langfristig gemäss Landesplanung eine Einteilung des gesamten Landes in 6 Planungsregionen angestrebt wird, sollte das vorliegende Gesetz so formuliert sein, dass jene Regionen im Verwaltungsrat des Verkehrsverbundes vertreten sein können. Da die Strukturen derzeit aber noch nicht geschaffen sind, schlägt der Mouvement Ecologique vor, im vorliegenden Gesetz lediglich das Prinzip der Mitbeteiligung der Planungsregionen vorzusehen, dies über den Weg der regionalen Syndikate. Der Regierung obliegt es dann, im Laufe der Jahre Vertreter dieser Regionen in den Verkehrsverbund zu nennen.

Nur durch diese Bündelung des Know-Hows aller genannten Akteure kann effektiv eine Optimierung des Angebotes gewährleistet werden.

- Wenn nun allerdings die Akteure im Transportbereich Mitglied im Verwaltungsrat sind – was unerlässlich ist - so sind Abänderungen an den Aufgabengebieten des Verbundes erforderlich. War ursprünglich geplant, dass die zentrale Stelle selbst Konventionen mit Auftragnehmern (den sog. Erstellern) unterschreiben sollte (z.B. mit Busunternehmen, der Eisenbahn), so kann ein Verkehrsverbund aufgrund seiner vorgeschlagenen neuen Zusammensetzung in diesem Bereich nunmehr „nur“ eine beratende Funktion gegenüber dem Ministerium übernehmen. Dem Ministerium obliegt es demnach, Konventionen mit Auftragnehmern zu unterschreiben. Diese Abänderung, die notwendig ist um die europäischen Vorgaben in Sachen Liberalisierung im Transportsektor zu respektieren, ist jedoch in der Praxis nicht wirklich relevant und eher als Formsache zu werten.

Des Weiteren sollte zumindest festgehalten werden, dass der Mobilitätszentrale nicht nur eine Gestion der Fahrpläne usw. zukommt, sondern auch eine proaktive Rolle, indem z.B. neue Mobilitätsformen gezielt gefördert werden.

Für eine stärkere Einbindung und Aufwertung der Regionen und Gemeinden

Zusätzlich zu der Einbindung der regionalen Akteure im Verwaltungsrat des Verkehrsverbundes, sollte generell die Rolle der Regionen im Transportbereich aufgewertet werden:

- o Der Mouvement Ecologique unterstützt die Idee von Marc Zanussi, regionale Konferenzen vorzusehen, in denen Vorschläge für den öffentlichen Transport entwickelt werden;
- o Des Weiteren sollten die im Gesetzestext vorgesehenen kommunalen Vertreter im Transportbereich nicht als Ansprechpartner gegenüber dem Verkehrsverbund selbst dienen, sondern gegenüber den regionalen Strukturen.
- o Darüberhinaus sollte vorgesehen werden, die Mobilitätszentrale mit regionalen „Antennen“ zu versehen, die den regionalen Strukturen angegliedert sind.
- o Das derzeitige Gesetz sieht ausserdem vor, dass in Zukunft verstärkt – gemeinsam zwischen Gemeinden und Koordinationsstelle – lokale Mobilitätspläne erstellt werden sollen. So positiv die Idee der Mobilitätspläne auch ist, so absurd ist es jedoch, diese ausschliesslich lokal zu orientieren. Das reformierte Gesetz sollte vor allem auch die Erstellung von regionalen Mobilitätsplänen vorsehen.

Für eine kohärentere Planung landesweit

Der vorliegende Gesetzestext hat aber darüber hinaus zentrale Schwachstellen, die es zu beheben gilt.

- So ist z.B. derzeit vorgesehen, dass eine einzelne Gemeinde ihr gemeindeeigenes Angebot im öffentlichen Transportsektor nicht mit der Koordinierungsstelle absprechen muss. Dies ist ein absoluter Widerspruch. Beispiel: die Stadt Luxemburg. Die Organisation des öffentlichen Transportes in der Hauptstadt ist von struktureller Relevanz für Luxemburg im Transportbereich. Warum sollte deshalb die Stadt Luxemburg die Planung dieses Dienstes – wenn der Staat eine Unterstützung gewährleistet – ohne Absprache mit dem Verkehrsverbund treffen können? Dies umso mehr, als im Verkehrsverbund alle Akteure vertreten sein sollen ... d.h. auch die Stadt Luxemburg bzw. deren Busdienste. Gleiches gilt für andere Gemeinden ebenfalls.

Entsprechend schlägt der Mouvement Ecologique vor diesen Passus des Gesetzestextes zu streichen. Lediglich wenn Gemeinden bereit sind, den öffentlichen Transport integral selbst zu finanzieren, könnte sich ggf. eine Absprache erübrigen.

- Darüber hinaus sollte eine Diskussion über die Finanzierung des öffentlichen Transportes gewährleistet werden. So sollten prioritär sogenannte „prestations de base“ besonders unterstützt werden, darüber hinaus aber auch zusätzliche Angebote (spezifische City-Busangebote usw.) auch vom Staat mitgetragen werden. Das Gesetz sollte zumindest diese Möglichkeit einberäumen.

Schlussfolgerung

Das in der vorherigen Legislaturperiode verabschiedete Gesetz betreffend den öffentlichen Transport ist aus vielen Gründen mangelhaft; es würde jedoch theoretisch am 1. Januar 2005 in Kraft treten.

- Aufgabe dieser Regierung ist es, umgehend ein Alternativprojekt auf den Tisch zu legen, das eine grundsätzliche Neuorientierung vorsieht.
- Damit das neue Gesetz auch die notwendige Akzeptanz bei allen Akteuren findet und evtl. Fehler ausgeräumt werden können, sollte vor der definitiven Verabschiedung des Textes eine „table ronde“ mit allen Akteuren einberufen werden.
- Für das Jahr 2005 sollten die erforderlichen Gelder für das Funktionieren des Verkehrsverbundes zur Verfügung gestellt werden.
- Ebenso sollten umgehend die Vorarbeiten für die Mobilitätszentrale weitergeführt werden. So hindert nichts das Transportministerium daran, bereits jetzt dafür Sorge zu tragen, dass die Fahrpläne informatisiert werden u.a.m. Des Weiteren sollte die proaktive Suche nach einem besseren Standort für die Zentrale vorangetrieben werden.